

DY 30 11621

Mitglied im Kandidat des P/B

Berlin, 21. 9. 1989

*Gen. J. Kutschera, RKT
mit Schriftwechsel*

V e r m e r k

über ein Gespräch des Ministers, Gen. Oskar Fischer, mit dem Sonderbeauftragten der Regierung der CSSR, Gen. Dr. Kadnar, Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der CSSR am 21. 9. 1989

Gen. Kadnar erklärte im Auftrage des Generalsekretärs der KPTsch, Gen. Jakes, und der Regierung der CSSR, daß die CSSR die Innen- und Außenpolitik der DDR im vollen Umfang unterstützt und auch künftig mit der DDR gemeinsam handeln werde bei der Abwehr des Angriffs des Imperialismus auf das sozialistische System in Europa. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die dazu von tschechoslowakischer Seite abgegebenen Erklärungen.

Gen. Kadnar informierte darüber, daß der BRD-Botschafter Huber am 19.9. darum gebeten habe, noch am selben Tag mit Gen. Jakeš sowie dem Vorsitzenden der Regierung der CSSR, Gen. Adamec, sprechen zu können, um eine persönliche Botschaft Genschers zu übermitteln. Daraufhin wurde der tschechoslowakische Außenminister beauftragt, Huber zu empfangen. Im Vorfeld dieser Begegnung sondierte der BRD-Botschafter, ob es gegebenenfalls Meinungsverschiedenheiten in der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung hinsichtlich der Behandlung des Problems der DDR-Bürger, die sich in der BRD-Botschaft in Prag aufhalten, gibt. Er verband dies mit dem Hinweis darauf, daß die BRD gegenüber der UVR ihren Dank schon ausgedrückt habe und diesen auch materiell zeigen werde. Dasselbe Angebot gelte auch für die CSSR.

Die im Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister übermittelte Botschaft Genschers enthielt eine sehr emotionell betonte Darstellung der Lage in der BRD Botschaft in Prag sowie das Angebot, dieses Problem nach dem "ungarischen Modell" oder in der Weise zu lösen wie in Sofia mit den rumänischen Bürgern ungarischer Nationalität verfahren wurde, die mit Dokumenten des Internationalen Roten Kreuzes ausreisten.

Man wolle niemanden irritieren und deshalb keine BRD-Pässe für die betreffenden DDR-Bürger ausstellen.

Genosse Johanes hat die uneingeschränkte Unterstützung für die DDR zum Ausdruck gebracht und betont, daß die Haltung der BRD direkt gegen die Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki verstößt. Im weiteren Verlaufe des Gespräches beharrte der Botschafter der BRD darauf, daß eine "pragmatische humanitäre Lösung" gefunden werden müsse.

Gen. Kadnar erklärte, er habe den Auftrag, die höfliche Bitte und Frage zu äußern, ob zur Lösung dieses Problems nicht zu der Praxis zurückgekehrt werden könne, wie sie 1984 angewandt wurde, als sich gleichfalls ca. 500 DDR-Bürger in der BRD-Botschaft in Prag aufhielten. Die tschechoslowakische Seite kennt nicht die damals abgegebenen Garantien, sondern nur die Resultate. Man müsse dabei in Betracht ziehen, daß sich der 40. Jahrestag der DDR nähere, die UNO-Vollversammlung beginne und der Gegner die entstandene Lage zu einer breiten Kampagne nutzen würde. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß auch eine Epidemie entstehe, Selbstmorde versucht werden könnten und damit die Berichterstattung der westlichen Medien sich auf "menschliche Tragödien", von denen auch Frauen mit Kleinstkindern betroffen seien, konzentrieren wird.

Die DDR werde gebeten zu überlegen, ob eine Lösung des Problems in Prag durch eine einmalige, ausdrücklich als große Ausnahme deklarierte Verfahrensweise möglich wäre. Die tschechoslowakische Seite würde sichern, daß eine lückenlose Bewachung der BRD-Botschaft sowie eine Erhöhung des Stahlzaunes um die Botschaft, der Eigentum der CSSR ist, vorgenommen würde. Diesbezügliche Gespräche seien bereits durch das MfAA mit verantwortlichen Mitarbeitern des Innenministeriums der CSSR geführt worden.


Dr. Schwiesau